Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 216. Freitag den 4. August 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des §. 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserrohrleitungen und Wasseranlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 machen wir hierdurch bekannt, daß der Klempner

Herr **Gustav Kirchner** hier,
Baiersche Straße Nr. 12,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 1. August 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kltm.

Bekanntmachung.

Nach den Messungen des Herrn Geh. Rath Prof. Dr. **Kolbe** betrug die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases bei einem Consum von fünf Cubikfuß pro Stunde im Monat Juli d. J. durchschnittlich das 16fache von der der Normalwachskerze.

Das specifische Gewicht war 0.478.

Leipzig, den 3. August 1882.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.
Schleißner.

Wohnungs-Vermiethung.

In dem Universitätsgrundstücke Goethestraße Nr. 6 soll eine Wohnung in der IV. Etage, bestehend aus: Vorsaal, 3 Zimmern, 3 Dachstuben, 1 Alkoven, 4 Kammern, Küche und übrigem Zubehör vom 1. Januar 1883 event. auch schon vom 1. October d. J. ab auf drei Jahre im Licitationswege, jedoch vorbehältlich der Auswahl unter den Bewerbern, vermiethet werden.

Reflectanten werden hierdurch ersucht,

Freitag, den 11. August d. J.,
Vormittags 11 Uhr

im Universitäts-Rentamte, wo auch die Licitationsbedingungen eingesehen werden können, ihre Gebote abzugeben.

Leipzig, am 3. August 1882.

Universitäts-Rentamt.
Graf.

Nichtamtlicher Theil.

Parlamentarische Regierung.

Nicht nur die Richter'schen Organe sind ob der Stellung erbittert, welche die Nationalliberalen der Rede Herrn Hänel's gegenüber eingenommen haben, auch die conservative Presse benutzt die willkommene Gelegenheit, um den gemäßigten Liberalismus zu verketzern. Es heißt auf dieser Seite, die Liberalen erstrebten eine parlamentarische Parteiregierung. Wir haben Dem gegenüber einfach auf eine im Reichstage von dem Führer der nationalliberalen Partei abgegebene Erklärung hinzuweisen, durch welche eine derartige Unterstellung für diese Partei ein für alle mal als hinfällig dargethan ist. Von anderer Seite ist ebenso zweifellos ein Bestreben der bezeichneten Art abgelehnt worden. Trotz dieser Thatsache wagt die ministerielle „Provinzial-Correspondenz" in einem „das Ziel der Liberalen" überschriebenen Artikel die abgeschmackte Verdächtigung der conservativen Presse zu wiederholen, ja das Blatt giebt ihr eine noch schärfere Spitze, indem es behauptet, das Streben der Liberalen richte sich auf die Einschränkung der bestehenden Rechte des Königthums.

Wir würden über ein derartiges Verfahren der „Provinz.-Corresp." staunen müssen, wenn wir uns der officiösen Berliner Presse gegenüber nicht längst jedes Staunen abgewöhnt hätten. Wir wollen von der sonderbaren Logik ganz absehen, welche im Stande ist, auf eine Aeußerung eines Parteimannes derartige Beschuldigungen von wahrhaft horribler Unwahrheit gegen den gesammten Liberalismus zu gründen. Aber was hat denn Herr Hänel Entsetzliches gesagt? Er sagte, der Liberalismus solle suchen, „den maßgebenden Einfluß zu gewinnen und, wenn es die Dinge fügen, die Regierung selber in constitutioneller Weise zu leiten." Nur kägliche Wortklauberei und tendenziöse Unwahrhaftigkeit kann hierin auch nur den Schein Dessen entdecken, was die „Provinzial-Correspondenz" als das Ziel der Liberalen hinstellt. Wozu sind denn politische Parteien da, wenn sie nicht trachten sollen, maßgebenden Einfluß zu gewinnen — nicht im persönlichen Interesse ihrer Anhänger, sondern im Interesse der von ihnen nach bestem Wissen und Gewissen vertretenen Sache? Und soll es denn ein Vorrecht der conservativen Partei sein, die ausschließliche Befähigung für die Leitung der Staatsgeschäfte zu verleihen? Wäre es nicht eine erbärmliche Selbstaufgabe des Liberalismus, wenn er nicht daran dächte, je nachdem es die Dinge fügen, auch einmal im Rahmen der bestehenden Verfassung und ohne jedwede Beeinträchtigung der durch dieselbe gesicherten Stellung des Monarchen zur Leitung der Regierung im constitutionellen Sinne berufen zu werden?

In der That, nur auf politische Kinder kann die erheuchelte Entrüstung der „Provinzial-Correspondenz" Eindruck machen, und es lohnt sich kaum noch ein Wort der Vertheidigung zu verlieren. Aber bedauern müssen wir, daß die Erfahrungen des vorigen Sommers und die unliebsamen Erörterungen des darauf folgenden Winters bei den Eingebungen der officiösen Presse so wenig Beherzigung gefunden haben. Es scheint also doch, daß die preußische Regierungspresse auch bei diesem Wahlkampfe wieder durch die Unlauterkeit der Kampfmittel das schlechteste Beispiel geben soll. Es wäre uns sonst nicht erklärlich, wie dieselbe das höchst bedenkliche Geschäft fortsetzen darf, dem gesammten Liberalismus, der eine gewaltige Macht in unserm Volks- und Staatsleben bildet und mit ausgebreiteten Wurzeln im Volke fest begründet, eine der zuverlässigsten Stützen der staatlichen Ordnung und des Thrones bildet, einen künstlichen Gegensatz gegen die verfassungsmäßigen Rechte der Krone förmlich aufzudrängen. Hiergegen kann nicht nachdrücklich genug Verwahrung eingelegt werden. Darin zumal glauben wir der Zustimmung weitester Kreise unseres patriotischen Volkes sicher zu sein, daß es unerfreulich ist, den angeblich gefährdeten Rechten der Krone eine Anwaltschaft sich aufdrängen zu sehen, der die tendenziöse Unwahrhaftigkeit für Jeden kenntlich an die Stirn geschrieben steht.

Leipzig, 4. August 1882.

Es scheint, als sei durch die Rede **Hänel's** ein Zersetzungsproceß in der **Fortschrittspartei** eingeleitet. Von der Parteileitung ist die Parole eingetroffen und **Herr Hänel** in den Bann gethan, weil seine Rede „ihre Spitze gegen den hervorragendsten Führer der Fortschrittspartei, Herrn **Eugen Richter**, kehrt"; die von dem „fortschrittlichen oder fortschrittlich gewesenen Herrn Professor" empfohlene Verständigung der liberalen Parteien ist „eine politische und moralische Unmöglichkeit, sie würde von der gesammten Fortschrittspartei mit fast verschwindenden Ausnahmen verleugnet werden, weil sie eine noch größere Gefahr für die Rechte und Freiheiten des Landes wäre als die conservativ-klerikale Coalition." Der gefährlichste Gegner der von Herrn Hänel empfohlenen Politik ist unseres Erachtens nirgends anders zu finden als in dem Lager, aus welchem jetzt auf Herrn Hänel die ersten Schüsse abgegeben werden. Wenn nicht Alles täuscht, so dürfte nächstens das Feuer auf der ganzen Linie eröffnet werden. Also Achtung!

Aus **München** vom 1. d. M. schreibt man der „Nat.-Z.": „In hiesigen politischen Kreisen wird die Nachricht aus Berlin, es sei die Einberufung des **Bundesraths-Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten** beabsichtigt, um demselben Mittheilungen über den Stand der egyptischen Angelegenheit zu machen, sehr bezweifelt. Dabei aber wird mit Bestimmtheit versichert, daß die größeren deutschen Regierungen und insbesondere die bairische seitens des Reichskanzlers über den Stand jener Angelegenheit fortlaufend Mittheilungen erhalten, daß alle wichtigen Actenstücke derselben sofort zugestellt werden. Der bairische Staatsminister des Aeußern, Freiherr v. Crailsheim, der bekanntlich in dem in Rede stehenden Bundesraths-Ausschuß den Vorsitz zu führen hat, ist sonach über den Stand der egyptischen Angelegenheit jederzeit authentisch unterrichtet, und sollte Derselbe eine Einberufung des achten Ausschusses für erforderlich erachten, so würde Dies sicherlich in Berlin, bezw. in Varzin keinen Widerspruch finden; zur Zeit aber, so wird uns versichert, soll man hier eine Berufung des Ausschusses in keiner Weise für erforderlich erachten, vielmehr mit der in der egyptischen Frage eingeschlagenen Politik des Reichskanzlers in jeder Beziehung vollständig einverstanden sein. Wäre dies nicht der Fall, so würde sich unsere Regierung im Widerspruche mit der Stimmung des Landes befinden."

Das officielle Verhältniß zwischen dem **deutschen Reiche** und der **französischen Republik** ist bekanntlich ein ausgezeichnetes. Das pflegt sich auch alljährlich bei den Manövern zu zeigen, welche diesseits und jenseits des Rheines abgehalten werden. So sind auch in diesem Jahre zur Beiwohnung der großen **französischen** Herbstmanöver, die zwischen Marseille und Lyon stattfinden, deutsche Officiere commandirt worden, und zwar: Generalmajor Bronsart von Schellendorf, Chef des Generalstabs des X. Armeecorps, Oberst Graf Schlieffen, Commandeur des ersten Garde-Ulanen-Regiments, Major Freiherr v. d. Horst vom Kaiser-Franz-Regiment, der erste Militairattaché bei der Pariser Botschaft, Major von Villaume vom Großen Generalstabe, der zweite Militairattaché Major von Gentzkow vom Garde-Fuß-Artillerie-Regiment und der Botschaftsattaché Lieutenant Graf Czapski vom zweiten Garde-Dragoner-Regiment.

Das Gerücht, daß Herr von Schlözer päpstliche Anerbietungen überbringe, ist nach der „Allg. Ztg." eine willkürliche Vermuthung. Es bestätigt sich, daß von katholischer Seite die kirchliche Praxis bei gemischten Ehen verschärft worden ist. Die Verhandlungen mit der Curie ruhen gegenwärtig vollständig. Herr von Schlözer hatte nach seiner Rückkehr aus Varzin verschiedene Besprechungen mit Herrn von Goßler und dessen Räthen, über deren Inhalt indessen nicht das Geringste verlautet.

„Wer die Schule hat, Dem gehört die Zukunft!" Dieser alte Erfahrungssatz wird sich auch wieder bei der Auseinandersetzung zwischen **Staat und Kirche in Preußen** bewahrheiten. Nicht ohne gute Gründe datiren Ultramontane und Lutherisch-Orthodoxe den Beginn des kirchenpolitischen Kampfes von dem Erlaß des **Schulaufsichtsgesetzes**, welches den ersten tiefen Riß in die Freundschaft des Fürsten Bismarck und seiner altconservativen Jugendgenossen, wie Kleist-Retzow u. s. w., brachte. Aber es ist dem Minister Falk nicht vergönnt gewesen, die Folgerungen dieses Gesetzes in der gehörigen Weise zu ziehen und überall, wo es noth that, die Laien-Aufsicht über die Schule durchzuführen. Nicht einmal in katholischen Gegenden gelang ihm Das an allen Orten, noch viel weniger aber in den protestantischen Provinzen, wo die weltlichen Schulinspectoren recht dünn gesäet waren und nur hervorragend unbotmäßige Eiferer wie Herr Meinhold in Cammin entfernt wurden. Unter Falk's Nachfolger ist auch Meinhold längst wieder angestellt und jetzt bringt jeder Tag von Neuem die Kunde, daß bald hier, bald da die Schulaufsicht wieder in die Hände von **Geistlichen** (natürlich katholischen, da sie den evangelischen ja nicht genommen war) gelegt wird. In den wenigen Jahren des Falk'schen Ministeriums haben nur die Vorbereitungen getroffen werden können, um die Schule von dem übermächtigen Einflusse der Kirche freizumachen, noch ist keine Generation dem Banne der ultramontanen Ideen entzogen und schon werden alle Anfänge wieder unrettbar vernichtet.

Die **russische Revolutionspresse** hat sich in der letzten Zeit um ein neues Organ, diesmal um eine deutsche Zeitschrift, vermehrt, die den Namen der „Baltische Föderalist" führt und in Genf erscheint. Das Blatt will dem Liberalismus gegenüber den Absolutismus und gegen den centralisirten Staat den föderativen Grundsatz vertreten. In dem Programm heißt es:

Der „Baltische Föderalist" stellt sich als revolutionäres Organ in den Dienst der russischen Revolution; als Organ der baltischen Section der russischen Revolutionaire wird der „Baltische Föderalist" im Besonderen über die Interessen der baltischen Provinzen wachen und ihnen ganz besondere Aufmerksamkeit schenken." Die Organisation der russischen Revolutionspartei nach föderativem Princip, d. h. die Zusammensetzung derselben aus mehreren selbständigen Parteigruppen mit eigenen Tendenzen und besonderem Programm, welche sich nur zur Verfolgung gemeinsamer Ziele vereinigen, ermöglicht dem Organe der baltischen Section der russischen Revolutionaire eine scharfe Kritik der Principien und Handlungen, welche mit den Principien der baltischen Section nicht übereinstimmen, ohne daß damit den Interessen der Revolutionspartei im Allgemeinen geschadet werde. „Auf der Grenze zweier Welten, der germanischen und der slawischen, gelegen, haben die baltischen Provinzen von der Geschichte die Mission erhalten: den Vermittler zwischen diesen sich gegenwärtig feindlich gegenüberstehenden Mächten zu spielen; nicht blos die geographische, sondern vorzugsweise die intellectuelle Vermittelung, das Verständniß, die Versöhnung sollen sie anbahnen. Die friedliche Lösung des gefahrdrohenden deutsch-russischen Interessenkampfes gemäß den Principien des universellen Föderalismus ist das Ideal, für welches der „Baltische Föderalist" unablässig thätig sein wird.

Wir zweifeln, ob die Gruppe, welche der „Baltische Föderalist" vertreten will, in den Ostseeprovinzen sehr zahlreich ist; unter den dortigen **Deutschen** ist wohl Niemand darunter zu finden. Diese haben von jeher den Kampf um die Sonderstellung Liv-, Esth- und Kurlands und ihre Nationalität (und zwar nicht ohne Erfolg) auf einem ganz anderen Boden ausgeführt, als wie das genannte Blatt beabsichtigt.

In socialistischen Kreisen St. Petersburgs verlautet, daß der englische Pastor Landdale, welcher die Erlaubniß zum Besuche der Kasematten in der **Peter Paul-Feste** erhielt und erhalten hatte und von der Reinlichkeit der Gefängnisse, der Nahrung und dem guten Aussehen der Gefangenen überrascht war, in einen unbewohnten Theil der Kasematten geführt worden sei, woselbst ihm Soldaten in der Tracht von Gefangenen als Terroristen präsentirt worden seien. Die Nihilisten erklären, die raffinirte Irreführung öffentlich beweisen zu können. — Die **Untersuchung** gegen Pridylow ergab vorläufig das überraschende Resultat, daß Bogdanowitsch alias Kobolew ein Minenattentat in **Moskau**, Pridylow ein solches in Petersburg inszeniren sollte. Darum bewarb sich Kobolew in Moskau um die Anlage der elektrischen Beleuchtung, um überall ohne Aufsehen Erdarbeiten ausführen und Drahtleitungen für elektrische Zündung legen zu können.

Die **russischen** Sectirer und Altgläubigen (Raskolniks) haben an den **Zaren** ein Bittgesuch gerichtet, worin sie sich das Recht erbitten, endlich ihre Glaubenssätze öffentlich verkündigen und vertheidigen zu dürfen. Sie erklären, durch das Popenthum und die Polizei in willkürlichster Weise verfolgt zu werden. Der Zar betone immerfort, daß er die Ideen und Pläne seines ermordeten Vaters ausführe. Alexander II. habe aber die Seelensclaverei abschaffen wollen, wie er die Leibeigenschaft abgeschafft habe. Angesichts der Opposition Pobedonoszew's und Tolstoi's soll der Kaiser verlegen sein, um so mehr, weil die liberale Umgebung unumwunden erklärte, eine weitere Bedrückung der Schismatiker schaffe Hunderttausende religiös fanatisirter Nihilisten. Den Zeitungen ist aufs Schärfste verboten, die Frage zu berühren. So sieht's im „Heiligen" Rußland aus.

Trotz der sonstigen loyalen Haltung **Italiens** scheint der **Irredentisten-Schwindel** wieder zu blühen. So sind in letzter Zeit irredentistische Sendlinge nach Triest geschickt worden. Triest thut diesen Leuten den zwiefachen Kummer an: erstens, immer noch „unerlöst" zu sein, und zweitens, unter dem habsburgischen Scepter sogar zu gedeihen — was der Lehre der Italianissimi von dem ruinösen Joche der „Fremdherrschaft" natürlich schnurstracks zuwiderläuft. Gegenwärtig nun wird in Triest eine Landesausstellung im großartigsten Stile veranstaltet, welche den Irredentisten ein Dorn im Auge ist. Zu ohnmächtig, um das Ausstellungsfest zu Fall zu bringen, arbeiten nun die Irredentisten mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln, dem Unternehmen möglichst viel Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Tausende von aus Venedig importirten gedruckten Circularen fordern die Bevölkerung auf, sich daran zu betheiligen, die Ausstellungsfeste nach Kräften zu stören und gänzlich unmöglich zu machen. Die Circulare tragen den Stempel „Circolo triestino Garibaldi dell' Italia irredenta" und den mit dem Triester Wappen verbundenen Stern Italiens. — Eine andere Manifestation der irredentistischen Partei war aber das Zunichtemachen des Fahnenweihfestes des patriotischen Arbeitervereins, welches kürzlich in den Räumen des Polyteama hätte stattfinden sollen. Die Fahne war nämlich gestohlen worden, das Aufbewahrungslocal gewaltsam erbrochen und auch die Lotteriegewinnste mit fortgenommen. Um 11 Uhr, zur Stunde, als das Fest hätte stattfinden sollen, wurde dem Präsidenten des Vereins die Asche der verbrannten Fahne übermittelt. Nach dem Ueberbringer des Packetes, sowie nach den Thätern des Diebstahles wird selbstverständlich eifrigst geforscht.

Die **französische Ministerkrisis** dauert fort. **Freycinet** ist nicht geneigt, die Präsidentschaft des neuen Cabinets zu übernehmen; trotzdem wird seitens **Grevy's** die Hoffnung nicht aufgegeben, ihn dazu zu bewegen; für diesen Fall soll eine Botschaft an die Kammer gerichtet werden, um das reconstruirte Cabinet Freycinet dem Parlamente vorzustellen. Die Gerüchte von der Bildung eines **Geschäftsministeriums** gewinnen andererseits an Bestand. Wie es heißt, würden Cochéry, Tirard, Mahy, Billot und Jaurès-Liberty ihre Portefeuilles behalten und der derzeitige Botschafter in Berlin, Baron de Courcel, das Ministerium des Aeußern übernehmen. — Der „Temps" sagt, das künftige Ministerium würde die Aufgabe haben, die politische Lage zu liquidiren. Frankreich habe eine Art von Fallissement gemacht; es wolle seine Rechnungen regeln und seine äußere Politik auf ein Minimum zurückführen. Der „Temps" giebt den Rath, die Muße, welche die Politik der Enthaltung gewähre, dazu anzuwenden, um die militairische Organisation zu vervollständigen und die inneren, hauptsächlich aus dem Parteigeiste erwachsenen Schäden zu heilen. — Die **englischen** Blätter meinen fast übereinstimmend, daß die französische Kammer sich bei ihrem, Freycinet's egyptische Politik verwerfenden Votum nur von der Rücksicht auf das Verhältniß Frankreichs zu **Deutschland** habe leiten lassen. Indem die Engländer unverhohlen ihrer Freude Ausdruck geben, daß sie nunmehr Aussicht haben, **allein** in Egypten schalten und walten zu können, suchen sie sich zugleich durch den höhnischen Hinweis auf Frankreichs angebliche Abhängigkeit von dem Stirnrunzeln des deutschen Reichskanzlers dafür zu rächen, daß die Franzosen nicht Willens sind, in Egypten die Kastanien aus dem Feuer zu holen. — Ueber die in **Berlin** herrschenden Anschauungen betreffs der Krisis wird uns von dort geschrieben: „Die Eigenheiten der französischen Cabinetskrise, die hier mit großer Aufmerksamkeit verfolgt werden, rechtfertigen die schon mehrfach ausgesprochene Meinung, daß die Reconstruction des **Cabinets Freycinet** nicht nur im wohlverstandenen Interesse Frankreichs liegen, sondern auch der sympathischen Aufnahme Deutschlands sicher sein könnte. In diesem Sinne ist es hier mit Genugthuung bemerkt worden, daß der Präsident der französischen Republik, Herr Grevy, den Botschafter in Berlin, **Baron de Courcel**, um seine Ansichten über die Neubildung des Cabinets befragt und ihn zur näheren Darlegung derselben nach Paris berufen hat. Bei der vortrefflichen Fühlung, die Herr de Courcel in kurzer Zeit mit dem Fürsten Bismarck zu gewinnen verstanden hat, zweifelt man nicht daran, daß sein Rath sich in der Richtung jener Politik bewegen werde, die durch Freycinet betreten wurde, dem Verhalten Deutschlands zur egyptischen Frage parallel lief und nach Möglichkeit weiter zu verfolgen sein möchte. Man hält denn auch dafür, daß ein Cabinet Courcel, falls eine solche Lösung durch die Weigerung Freycinet's, aufs Neue ein Ministerium zu bilden, unumgänglich sein sollte, kein neues Moment in die Lage bringen, sondern eher noch das sich anbahnende deutsch-französische Einvernehmen rücksichtlich der Behandlung der egyptischen Krise präciser herausbilden werde. Die Situation in Konstantinopel, Alexandrien und London ist jedenfalls in ihrer unverminderten Gespanntheit danach angethan, den Wunsch zu rechtfertigen, daß die französische Politik nicht allzu lange in der Unklarheit verbleibe, die ihr durch die sich gegenseitig neutralisirenden Bestrebungen der Friedensfreunde um jeden Preis und der kriegslustigen Gambettisten verliehen worden ist. Von den beiden Möglichkeiten, vor denen Gladstone steht, entweder auf der einmal betretenen schiefen Ebene rücksichtslos und selbst auf die Gefahr eines Weltkrieges fortzuschreiten oder zu einem schmählichen Rückzug sich zu entschließen, ist die erstere noch immer drohend genug, um ein starkes Frankreich, welches das Gegengewicht gegen die britischen Herrschaftsgelüste bilden könnte, als weniger entbehrenswerth denn jemals zuvor erscheinen zu lassen."

Herr **Gladstone** ist nicht auf Rosen gebettet. Das Oberhaus bringt ihn um den Schlaf, und wenn nicht das Parlament bis October vertagt wird, damit die Pachtrückstandsvorlage dann nochmals vorgenommen werde, so tritt Gladstone ab. Sein Rücktritt aber wäre der Rücktritt des ganzen Cabinets. Das Cabinet freilich ließe sich unter einem andern Premier erneuern; indessen sind die Gründe, welche 1880 gegen ein Cabinet Granville-Hartington sprachen, heute mächtiger als damals. Sodann giebt es die Möglichkeit der Parlamentsauflösung entweder durch Gladstone selbst oder durch Salisbury nach dessen Amtsantritt. Alle diese Möglichkeiten liegen in den Capitel der Ereignisse, dessen Anfang das Oberhaus geschrieben. Zu diesen Mißerfolgen im Parlamente tritt hinzu, daß seitdem Alexandrien bombardirt worden ist und Admiral Seymour Abukir auf das Korn genommen hat, das Ansehen des Cabinets erheblich geschädigt worden ist. In den breiten Massen des Volkes beginnt sich Unruhe zu zeigen und eine Flut von Angriffen ist gegen das Ministerium entfesselt. Die Kleinbürger und die die öffentliche Meinung zu einem guten Theil beherrschenden Arbeitercorporationen haben sich gegen die kriegerische Politik gewendet, indem sie die Nothwendigkeit der Beschießung von Alexandrien nicht einsehen können. So wird das Ministerium wahrscheinlich sich mit den Triumphen seiner Geschütze in Egypten begnügen müssen, in England selbst scheinen ihm keinerlei Triumphe bevorstehen zu sollen. Dazu kommt, daß die Russenfreundlichkeit Gladstone's und seine Haltung gegenüber der Türkei ihm in England so manche Theile der Nation abwendig machen, die sonst wahrscheinlich zu ihm halten würden. Die torystische Opposition nützt dies Alles gründlich aus und tritt mit dem bei den Massen zweifellos durchschlagenden Argument auf, Rußland sei der Hauptfeind Englands in Indien und man dürfe deshalb an seine scheinbare Freundschaft nicht glauben. Und in der That, um den abgeblaßten englischen Kriegsruhm aufzufrischen, hat Gladstone Europa in eine gefährliche Lage gebracht; was man in England vom Kriegsruhm denkt, beweist die Thatsache, daß sich soeben in England eine große **Friedens- und Schiedsgericht-Föderation** gebildet hat, welche glänzende Namen, namentlich unter ihren englischen Mitgliedern, aufzuweisen und die auch bereits in Deutschland viele Anhänger gefunden hat.

Die egyptische Armee.

I.

Es sind bereits seitens der Presse verschiedene Mittheilungen über Formation und Stärke der egyptischen Armee gemacht worden; dieselben dürften indessen vielfach zu bemängeln sein, da es an Quellen fehlt, aus denen zuverlässige Angaben gemacht werden könnten. Um so willkommener wird eine Darstellung sein, die jener Feder entstammt, welche die erste der Wirklichkeit entsprechende Charakteristik Arabi Pascha's lieferte und die auch unseren Lesern wohlbekannten „Egyptischen Portraits" entwarf. Der Verfasser derselben ist ein zur Zeit in Europa weilender, sehr angesehener Eingeborner Egyptens, ein Mann von ungewöhnlicher Bildung, Vorurtheilslosigkeit und Schärfe des Geistes. Unser Autor schreibt:

Die reguläre egyptische Armee ist zu Anfang dieses Jahrhunderts von Mehemed Ali geschaffen worden. Nachdem derselbe, Dank seinen Epiroten, die Eroberung Egyptens vollendet, die Macht der Mameluken gebrochen und vom Sultan die Anerkennung als Gouverneur dieser Provinz erhalten hatte, erkannte er, daß er, um alle von dieser Provinz erhofften Vortheile genießen zu können, einer Armee bedürfe, deren Zusammensetzung eine gleichartige und deren Anwerbung von dem entlegenen Epirus, Macedonien und Thessalien, aus welchen Ländern er bis dahin seine Truppen gezogen hatte, eine vollkommen unabhängige sein müsse. Der erste egyptische Armee-Instructor von einigem Verdienst war Oberst Selve, ein Franzose, der sich später unter dem Namen Soliman Pascha einen europäischen Ruf erwarb. Ihm wurde vorerst die Aufgabe zu Theil, junge Leute auszubilden, aus denen die Cadres von zwei Regimentern gebildet werden sollten.

Die erste Militairschule wurde weit von Kairo zu Ibreh in Ober-Egypten eröffnet. In Kairo selbst hätte dieser Versuch gefährlich werden können; weil er erstens die Armauten benachtheiligt haben würde, die es wohl herausgefühlt hätten, daß die Schaffung einer regulären Armee, die damit ange-